

Aus dem Großen Rate.

Die letzte Großratsitzung befaßte sich u. a. mit den verschiedenen Kolonien. Einmal machten die Kolonien „Im Langenlohn,“ „Lindengarten“ und „Lindeneck“ von sich reden, wegen ihrer Eingabe gegen die Durchführung der Pilatusstraße, welche mitten durch das Pflanzlandareal der drei Genossenschaften projektiert ist. Regierung und Rat zeigten wenig Verständnis für diese Frage. Andernorts wird die Erstellung von Dauerpachtgärten von Seiten der Gemeinden mit allen Mitteln gefördert. Hier wurde die Initiative zur dauernden Sicherstellung von Pflanzland von privater Seite ergriffen. Es ist unverständlich, daß der Staat solchen Bestrebungen Hindernisse entgegensetzt. Ständerat Scherer und P. Reck wehrten sich vergeblich für die Kolonien. Letzterer wies namentlich darauf hin, daß die kurzfristige Pacht es ist, welche die überaus gesunde und erfreuliche Pflanzgartenbewegung ins Stocken gebracht hat.

Das Postulat Baumgartner betr. Subventionierung der Wohnkolonien der Eisenbahner, sowie der Heimstätten Genossenschaft Niederholz und Gartenfreund hatte besseren Erfolg. Muster beklagte sich über die unspürbaren Wegausgaben. Reck schloß sich seinen Ausführungen an und wies namentlich auf den Unterschied in der Behandlung der verschiedenen Kolonien. Während die Eisenbahner 24% und 30% erhielten, wurden denen in Riehen nur 14% gewährt. Eine Subventionierung der Kolonie Gartenfreund hätte zur Folge, daß schon jetzt Straßen in definitiver Ausführung erstellt werden könnten. Dadurch würde auch vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen. Es muß unbedingt gefordert werden, daß man den Siedlungsfragen erhöhte Aufmerksamkeit schenkt und die teils offene, teils verkappte Gegnerschaft aufgibt. Höchst interessant ist es ja, daß man einer Kolonie, die eine Straße nicht will, eine solche aufzwingt und andern, die Mangel an guten Straßen haben, alle möglichen Schwierigkeiten bereitet. Präsident Wenk unterstützt das Postulat ebenfalls, insofern auch andere Straßen der Landgemeinden subventioniert werden. Das Postulat wurde mit großem Mehr an die Regierung überwiesen.